

sich Tag und Nacht eingesetzt und für das Wahljahr ihr Studium unterbrochen hatten, um ganztägig für Kennedy zu arbeiten, nun plötzlich vor einer Leere, vor einer Ziellosigkeit standen, die sehr leicht in Entfremdung, wenn nicht sogar in Zynismus umschlagen kann. Das Auftreten Senator McCarthys war sehr von dem Robert F. Kennedys verschieden, ruhiger, manchmal sogar ein bißchen professoral. Aber Eugene McCarthy hatte für sich eine Gruppe ebenso hingebungsvoller junger Menschen gewinnen können, die ihm von einer Vorwahl zur anderen mit dem gleichen Enthusiasmus folgten wie diejenigen, die sich für Kennedy einsetzten.

Vielleicht ist es unrealistisch, mit einer größeren Überführung von Kennedy-Anhängern in das Lager McCarthys zu rechnen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die professionellen Politiker der Demokratischen Partei, die sich von Johnson zugunsten Kennedys abgewandt hatten, nun in ihrer überwältigenden Mehrheit Vizepräsident Humphrey unterstützen werden. Aber wir leben in einem Jahr der Überraschungen und der unerwarteten Veränderungen. McCarthys tiefe Wirkung auf junge Menschen beruht auf seinem Idealismus und auf seiner kompromißlosen Redlichkeit. Sein unerschütterliches Betonen der Notwendigkeit, den Krieg in Vietnam zu beenden, spiegelt sich auch in seiner ersten Erklärung wider, die er abgab, kurz nachdem man ihn über das Attentat auf Robert F. Kennedy informiert hatte. In seiner kurzen Stellungnahme, die sehr viele Menschen auch außerhalb seines eigenen Lagers beeindruckt haben dürfte, sagte er:

„Ich glaube, es reicht nicht aus zu sagen, dies sei die Tat eines geistesgestörten Einzelnen, — wenn es das ist. Ich glaube, die Nation trägt eine zu schwere Last an Schuld, die auch in der Nachlässigkeit besteht, die den Hang zur Gewalt in unserem eigenen Lande

hat entstehen lassen, ebenso wie in der Widerspiegelung der Gewalt, mit der wir den Rest der Welt, zumindest einen Teil der Welt, heimsuchen.“

Martin Hall, Los Angeles

Bonn in der Talsohle

Seit Mitte Juni haben Zehntausende von Reisenden an der Grenze zur DDR Visumanträge ausgefüllt, und nicht ein einziger von ihnen sah sich veranlaßt, gegen die neuen Anordnungen so vernehmlich zu protestieren, daß Presse, Rundfunk und Fernsehen darin eine Auflehnung hätten erblicken können. Der Verkehr von und nach Westberlin verläuft nach anfänglichen Übergangsschwierigkeiten reibungslos, und der rhetorische Aufwand in Bonn steht in krassem Widerspruch zum Verhalten der Reisenden an den Grenzübergangsstellen. Die Einführung einer Paß- und Visumpflicht wird von den unmittelbar Betroffenen augenscheinlich nicht als tatsächliche Behinderung des Berlin-Verkehrs angesehen.

Hier liegt wohl auch der Grund, weshalb die drei Westmächte dem Bonner Drängen nach Gegenmaßnahmen nicht nachgekommen sind. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Volkskammerbeschlüsse vom 11. Juni hatte Kanzler Kiesinger erklärt, es sei eine neue, ernste politische Lage entstanden, die „zu ernststen Gegenreaktionen führen müsse“. Die CSU des Finanzministers Strauß verlangte eilends, von nun an nicht mehr allzuviel Gedanken an eine Entspannungspolitik zu verschwenden. Es hieß, Kiesinger und Außenminister Brandt wollten nach Washington fliegen, um der amerikanischen Regierung die Ansichten Bonns vorzutragen. Aber

die USA schienen an einer dramatischen Aktion nicht interessiert. Weder Kiesinger noch Brandt reisten nach Amerika. Sie nahmen damit vorlieb, daß US-Außenminister Rusk sich herbeiließ, auf dem Rückweg von der NATO-Tagung in Reykjavik eine Stipvisite in Bonn zu machen. Die erhofften „Gegenmaßnahmen“ kamen nicht zustande.

Wer Gelegenheit hatte, das Echo der Auslandspresse auf die neuen Anordnungen der DDR zu verfolgen, dem mußte von vornherein klar sein, was am Ende der Bonner Aufregung stehen würde. So bemerkte der konservative Pariser „Figaro“, Gegenmaßnahmen der Westmächte seien schon deshalb zu bezweifeln, weil man sich fragen müsse, ob Washington, Paris und London die politische Entspannung dem Wiederaufleben einer Atmosphäre des Kalten Krieges opfern wollten, über die einige bei der CDU sehr glücklich wären. Wie recht das französische Blatt mit dieser Andeutung hatte, sollte sich bald zeigen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Lemmer vertraute Axel Springers „Welt“ am 22. Juni an, in der CDU/CSU-Fraktion gebe es eine Minderheit, die es in Berlin auch auf eine Krise in der jetzigen Lage ankommen lassen wolle, um die Schutzmächte zum Eingreifen zu bewegen.

Aber die Rechnung ging nicht auf. Schon die Erklärung der drei Westmächte, die sie am 13. Juni auf Drängen der Bundesregierung abgaben, machte deutlich, daß Bonn außer auf verbale Bekundungen der Verbundenheit kaum Hoffnung auf weitergehende Schritte haben konnte. Fazit der Verlautbarung war der Satz: „Sie (die drei Regierungen) werden in einer passenden Weise bei der sowjetischen Regierung vorstellig werden, die mit ihnen die Verantwortung nicht nur für einen ungehinderten Zugang nach Berlin, sondern auch für eine endgültige Lösung der deutschen Frage trägt.“

Die Westmächte kamen der Bundesregierung also im Kern nicht weiter entgegen als zuvor beim Durchreiseverbot für Mitglieder der neonazistischen NPD und später bei einer entsprechenden Anordnung der DDR für Angehörige der Bundesregierung. Das allein hätte schon zur Selbstbesinnung mahnen müssen. Eine eingehende Wertung in der Öffentlichkeit unterblieb jedoch. Die Publikationsmittel waren so sehr damit beschäftigt, immer neue Protestverlautbarungen maßgeblicher Bonner Politiker zu verbreiten, daß ihnen eine Rede Johnsons vor der UNO-Vollversammlung anlässlich der Annahme des Atomwaffensperrvertrages keiner größeren Beachtung wert schien. In dieser Rede hatte Johnson fast zur selben Stunde, da die Regierungen der drei Westmächte die Einführung der Paß- und Visumpflicht durch die DDR als „Widerspruch zu dem Ziel einer Entspannung“ bezeichneten, der Sowjetunion die baldige Aufnahme von weiteren Abrüstungsgesprächen in Genf vorgeschlagen. Er gab damit zu erkennen, daß die mit der Unterzeichnung des Atomtest-Stoppabkommens von 1963 und mit der Einigung über den Atomwaffensperrvertrag sichtbar gewordene Ost-West-Entspannung weitergehen solle.

Kennzeichnend für die Situation war auch die Reaktion des Ständigen NATO-Rates in Brüssel und der NATO-Außenministerkonferenz in Reykjavik, die auf irgendwelche Beschlüsse über Gegenmaßnahmen verzichteten. Die NATO besitzt im übrigen hinsichtlich Westberlins und Deutschlands keinerlei Kompetenzen. Die beiden Gremien nahmen lediglich den Beschluß der drei Westmächte „zur Kenntnis“, künftig von Reisenden aus der DDR für Visa-Anträge beim Allied Travel Board eine Gebühr zu erheben.

Über die Gründe der zu erwartenden zurückhaltenden Reaktion der Regierungen in Washington, Paris und London hatte sich der Washingtoner

„Evening Star“ schon Mitte Juni ziemlich unverblümt geäußert. Das Blatt schrieb, die Beschlüsse der DDR seien „genaugenommen nicht illegal“. Weiter hieß es: „Das Recht der Alliierten auf freien Reiseverkehr von und nach Berlin ist durch Besatzungsabkommen besonders garantiert. Dieses Recht wird von der ostdeutschen Regierung nicht angetastet. Es gilt jedoch kein internationaler Vertrag, der den Westdeutschen die freie, unbeschränkte Durchreise durch ostdeutsches Gebiet garantiert.“

Auf diesen Sachverhalt machte auch der ehemalige US-Militärgouverneur in Deutschland Lucius D. Clay kurz danach aufmerksam. Gegenüber der Hamburger „Welt“ erklärte er, in dem bei den Vereinten Nationen nach der Berlinblockade von 1948 geheim vereinbarten „Protokoll Jessup—Malik“ (Jessup und Malik waren damals UNO-Chefdelegierte der USA und der Sowjetunion) hätten sich die Amerikaner mit der Wiederherstellung der Zugangsrechte der drei westlichen Verbündeten über die Autobahn begnügt. Ein spezifiziertes Abkommen über die westdeutschen Zugangsrechte sei nicht geschlossen worden.

Alle Behauptungen der Bundesregierung, die DDR habe mit der Paß- und Visapflicht Viermächtevereinbarungen gebrochen, gehen demnach am wahren Sachverhalt vorbei. Ähnliches gilt für die Drohung, die Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag von Garantien über den Zugang nach Westberlin abhängig zu machen.

Die ganze Erregung in Bonn über die Maßnahmen der DDR wird ausgehen wie das Hornberger Schießen. Worauf es jetzt ankommt, machte die Baseler „Nationalzeitung“ deutlich, als sie schrieb, für Westberlin rücke „die Frage nach einer politischen Lösung des Problems sowohl von der deutschen Seite wie von seiten der vier Siegermächte immer mehr in den Vordergrund“. Am 12. Juni hob die ameri-

kanische Nachrichtenagentur UPI hervor, viele mit Bonn nicht verbündete Staaten sagten, die DDR habe recht, wenn sie daran erinnere, daß sie seit ihrer Existenz nichts unversucht gelassen habe, sachliche und gleichberechtigte Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten herzustellen.

Tatsächlich besteht das eigentlich Anomale nicht darin, daß ein Land von Besuchern und Durchreisenden an der Grenze Paß und Visum verlangt, sondern daß mitten in Europa zwei Staaten in derart unregelmäßigen Verhältnissen nebeneinander leben wie die Bundesrepublik und die DDR.

Was Westberlin angeht, das aus eigener Kraft nicht lebensfähig ist, so wird sein Sonderstatus, der sich jetzt in Abmachungen zwischen den vier Siegermächten niederschlägt, eines Tages durch Regelungen zwischen den beiden deutschen Regierungen in eine neue vertragliche Form gegossen werden müssen. In eine solche Vereinbarung könnte möglicherweise eine Fortdauer der finanziellen Unterstützung Westberlins durch Bonn aufgenommen werden, die jedoch nicht mit politischen Bedingungen verknüpft werden dürfte. Um die Lebensfähigkeit der Stadt zu erhalten, sind darüber hinaus vertragliche Abmachungen Westberlins mit der DDR notwendig, die den Bewohnern der Inselstadt die Gewißheit einer gesicherten Zukunft in wirtschafts- und handelspolitischer Hinsicht geben.

Diejenigen auf der politischen Rechten in der Bundesrepublik, die darin eine „Preisgabe“ Westberlins sehen würden, sollten endlich lernen, Wunsch und Wirklichkeit nicht länger miteinander zu verwechseln. Selbst ein in ihren Augen unverdächtiger Mann wie der konservative Publizist Winfried Martini gab nämlich im „Bayern-Kurier“ des CSU-Vorsitzenden Strauß am 11. Mai 1968 zu bedenken: „Ein behutsames politisches — nicht wirtschaftliches — Disengagement der Bun-

desrepublik in Berlin würde sich allein mit unseren Möglichkeiten decken.“

Nun hat leider ein bestimmtes Wort die Diskussion über mögliche und notwendige Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten einerseits sowie zwischen ihnen und Westberlin andererseits mit zusätzlichem Emotionsballast beladen: das Wort von der Nichtanerkennung der DDR als Ausland. Immer wieder betonen maßgebliche Bonner Politiker, es sei für die Bundesrepublik unmöglich, den anderen Teil Deutschlands als Ausland zu akzeptieren.

Was da getrieben wird, ist eine Art Schattenboxen. Der DDR-Gesandte Gerhard Kegel erklärt dazu in der „Berliner Zeitung“, es sei eine „törichte Behauptung“, daß die DDR von Bonn als ausländischer Staat anerkannt werden solle. Der Begriff „ausländischer Staat“ stamme aus irgendeiner Küche des Kalten Krieges, habe aber mit dem Völkerrecht absolut nichts zu tun. Kegel betonte, ihm sei „kein Schreiben, keine Erklärung der Regierung der DDR bekannt, in der von Bonn gefordert worden wäre, es solle die DDR als ‚ausländischen‘ Staat anerkennen“.

Im übrigen sollte sich der CDU-Abgeordnete Johann Baptist Gradl daran erinnern, was er am 19. 6. 1948 anlässlich der Währungsreform in Westdeutschland erklärt hat. Er sagte: „Von nun an läuft zwischen den Westzonen und der Sowjetzone auch eine Währungsgrenze. Jenseits der Zonengrenze ist Ausland, Devisenausland.“ An diesen Ausspruch hat die DDR am 23. Juni erinnert, als ihr Staatsrat feststellte: „Es gibt nur einen friedlichen Weg: Auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwischen beiden Staaten völkerrechtlich gültige Verträge über die Normalisierung der Beziehungen abzuschließen.“

In der Bundesrepublik war in jüngster Zeit viel von „Talsolesen“ die Rede. Die Wirtschaft befand sich in einer Talsohle, und nach Meinung Herbert Wehners befindet sich jetzt die SPD in einer

Talsole. Auch die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist in einer Talsole angelangt, aus der es nur einen Ausweg gibt, wenn die alten Vorstellungen von der Lösung des Deutschlandproblems fahrgelassen werden. Niemand in der Welt ist mehr bereit, sich für eine Politik zu schlagen, die den Illusionismus zum Prinzip erhoben hat. Je länger die Verantwortlichen in Bonn dem eigenen Volk Illusionen als einzig denkbare Politik „verkaufen“ können, desto größer wird die Gefahr eines Abirrens auf gefährliche „Talsolesen“-Pfade militärischer Abenteuer.

Conrad Taler

Vermögenspolitik*)

Am 30. Mai 1968 meldete das Statistische Landesamt Nordrhein-

Westfalen, daß es zum Jahresbeginn 1966 in diesem Lande 4738 Millionäre gab — 994 mehr als 1963. In den drei Jahren von 1963 bis 1966 erhöhte sich das Gesamtvermögen der rheinisch-westfälischen Millionäre um 28 Prozent. Diese erstaunliche Wachstumsrate zeigt deutlich, daß die Devise der westdeutschen Vermögenspolitik nicht „Eigentum in Arbeitnehmerhand“, sondern eher „Konzentration in Unternehmerhand“ lautet. Dies belegt auch das soeben erschienene Gutachten Prof. Krelles (Wilhelm Krelle, Johann Schunk und Jürgen Siebke: Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer. Mit einer Untersuchung über die Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, 2 Bde., Tübingen 1968).

*) Zu den Untersuchungen von Wilhelm Krelle und Bruno Gleitze